

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gehr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Belegen
Nach der Arbeit und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schreibzeitung: Weinbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 4 Uhr.
Geschäftsstelle: Weinbergplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Komposition
30 Pf., die 36 mm breite Reklameweile 1,50 M. für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Platzzei-
chen 40 Pf. Rabatt für Beleglohn 10 Pf.

Nr. 210

Dresden, Donnerstag den 9. September 1926

37. Jahrg.

Nach siebenjährigem Ringen

Die Bedeutung des deutschen Eintritts in den Völkerbund — Der Schritt zum europäischen Frieden

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund ist ein Ereignis von weittragender historischer Bedeutung. Wir sind jetzt einer Jubelstimmung, die etwa mit Goethe bei Balmig sagt: „Von hier und heute geht ein neuer Abschnitt der Menschheitsgeschichte aus und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ Denn dieses Ereignis von Genf ist vorerst nur ein Schritt zu diesem neuen Abschnitt der Geschichte; er würde tatsächlich erst beginnen, wenn aus diesem Völkerbund kapitalistischer Staaten ein Bund freier Völker geworden wäre. Aber die Sozialdemokratie darf nichts desto weniger in diesen Stunden mit Genugtuung feststellen, daß eine politische Forderung, die sie seit dem Zusammenbruch hartnäckig und unbeirrt vertreten hat, in diesen Tagen zum Erfolg ward. Deutschlands Zugehörigkeit zum Völkerbund schließt die Nachkriegszeit ab, denn seit Versailles blieb Deutschland isoliert, verachtet und ausgeschlossen aus der Gemeinschaft der europäischen Völker. Rechtslos war unser Volk der Willkür der Entente preisgegeben. Von heute an hat Deutschland im Völkerbund über sein Schicksal wenigstens mitzureden und mitzubestimmen.

Dafür hat die Sozialdemokratie sieben Jahre lang gekämpft. Dafür ist sie von den deutschen Reaktionen aller Grade und Farben beschimpft und verleumdet worden. Darüber sind Männer gestorben und gefallen als Repräsentanten dieses Gebankens. Erzberger war einer der ersten. Mathenau folgte ihm, gemeinhin mit dem schwarzen roten Verächtern, die alles Verhandeln mit den Gegnern als Verrat verurteilten und sich dafür in den Gedächtnisbüchern des Kapitalismus die Hände waschen durften. Ebert starb, müde und krank gemacht von Verleumdern, die ihn des Vaterlandsverrats bezichtigten. Und Stresemann? Noch 1920 verteidigte er gegen die Anfeindungen der Sozialdemokratie und schon ein Jahr später befand er sich dazu. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß gerade dieser schwarzenrote Minister die Sache zu Ende führen mußte, die er im Anfang bekämpfte. Auch ihm wurde dafür nichts erspart. Das väterliche „Stresemann — verweise man“ sagt genug über seinen Kampf und noch mehr über die erhabene Moral der deutschen nationalen und völkischen Erneuerer Deutschlands.

Das Unternehmertum, dessen reaktionärste Vertreter die völkische Hege gegen Völkerbereinigung finanzierten, ist heute beifällig, daß Deutschland mit im Bunde steht. Wer nicht zu den Blinden gehört, weiß seit dem Ruhrkrieg, daß auch die Politik des sogenannten Widerstandes das Volk in den Abgrund reißen muß. Wenn Deutschland heute hoffen darf, seine Wirtschaft wieder aufzubauen und wenigstens nach der Art der Vorkriegszeit seine Menschen im kapitalistischen Produktionsprozeß wieder unterzubringen, so ist diese Hoffnung nur auf der Grundlage eines einigermaßen ausgeglicheneuropas denkbar. Es gibt zwar immer noch genug Leute, die von einer militärischen Entfaltung Deutschlands mehr erwarten, und Poincaré hat gegen das Schreiben der deutschen Botschafter nicht viel zu sagen. Die nationalen Scharfmacher des Auslandes können auch ihre Haltungsgeschäfte am besten betreiben, wenn sie auf Deutschland verweisen können: „Seht, wie die Vögel schon wieder in Wehr und Waffen strahlen! Seht die neue europäische Gefahr!“ In Sachsen gibt es sogar Leute, die behaupten, „alte Sozialdemokraten“ zu sein und den deutschen Wehrverbänden außenpolitische Aufgaben zuzuwenden. Aber über diese nationalsozialistischen Grundfragen und hakenkreuzlerischen Verbände schreitet eben der Tritt der Geschichte, die für die europäischen Nationalisten nicht mehr viel Sinn hat und die europäischen Völker bei Strafe des wirtschaftlichen Unterganges zwingt, sich zur europäischen Völkergemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir haben diesen Völkerbund nie überdacht und übersehen ihn auch heute nicht, da Deutschlands Vertreter seinen Stuhl drein hat. Es wird noch gewaltiger Kämpfe der Arbeitermassen aller Länder kosten, um aus alledem einen europäischen Bund nach sozialistischen Grundfragen und Idealen entstehen zu lassen. Aber wenn dieser Völkerbund auch nur darauf sorgt, daß infolge offener und geheimer Abmachungen die Gewehre eines Tages nicht wieder von selbst losgehen — wie einst im August 1914 — so ist das für die Volksmassen Europas schon eine wichtige Angelegenheit. Es lohnt sich, für die Reform und Umgestaltung dieses Bundes zu kämpfen und der Sozialdemokratie charakterisiert die Bedeutung des Genfer Ereignisses richtig, wenn er schreibt:

„Der Zusammenbruch der nationalistischen Redeweisung hat begonnen; ist Deutschland erst längere Zeit Bundesvoll, dann wird sie weiter abdröckeln. Deutschlands Aufnahme in Genf sichert die friedliche Republik. Seine Mitgliedschaft wird die Ausschüsse des Nationalismus

in allen europäischen Ländern verringern. Die Politik des Danes-Abkommens und die Politik von Locarno setzen sich durch, als in Frankreich die demokratische Linke aus Ruder kam. Es wäre nicht unmöglich, daß eines Tages dort wieder entgegengesetzte Stimmungen zum Durchbruch kämen. Auf Grund des Versailler Vertrages war Deutschland bisher fast schußlos der Willkür der Uebermächtigen preisgegeben. Die Stellung der Gleichberechtigung, die Deutschland jetzt erhält, ist ihm für die Dauer gesichert. Sollte in irgend einem europäischen Lande der Nationalismus zu gewalttätiger Entladung drängen, so kann Deutschland als Mitglied des Völkerbundes alle Kräfte der internationalen Gemeinschaft dagegen mobil machen.

Das internationale Recht des Völkerbundes ist noch unvollkommen. Es ist nur der Ueberfallkrieg, nicht jeder Krieg schlechthin verboten. Deutschland bringt sozusagen in den Völkerbund besseres Völkerrecht mit. Durch seinen Eintritt wird das Vertragswerk von Locarno rechtskräftig. Damit ist das umstrittenste Gebiet Europas besonders gesichert. Der Rheinpakt bezeichnet Krieg oder „Sanktion“ zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien für alle Zukunft als ein Verbrechen. Englands Verpflichtung, einem trotz diesem Vertrage Angegriffenen zu Hilfe zu eilen, sichert hier doppelt Frieden. Durch die Schiedsverträge mit Polen und mit der Tschechoslowakei wird auch im Osten der Friede noch über die Grundzüge des Völkerbundes hinaus gesichert. Seit Mittwoch gibt es Völkerrecht in Europa. Von der russischen Grenze im Osten bis zum Atlantischen Ozean im Westen, von Norwegen im Norden bis nach Griechenland und Spanien im Süden, sind alle Staaten einem einheitlichen Völkerrecht unterworfen. Die Fundamente für die Vereinigung der europäischen Staaten sind gelegt. Nun gilt es, das Haus eines friedlichen Europas darauf zu errichten.“

Der Aufnahmebeschluß

(Von unserm Sonderberichterstatter.)

T. Genf, 8. September. (Fig. Traub.)

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat sich am Mittwoch nach einer zweitägigen Sitzung in einer würdigen und einbruchsvollen Weise vollzogen. Die Uhr zeigte 11.50 Uhr, als der Präsident das Ergebnis der namenschlichen Abstimmung unter anhaltendem Beifall der Versammlung verkündete. Wenige Minuten später ging ein Telegramm des Generalsekretärs des Völker-

bundes über den Aufnahmebeschluß und die Schaffung eines neuen ständigen Komitees für Deutschland an den Reichsaussenminister ab. Die Nationalisten aller Länder hatten eine neue Niederlage erlitten: Am 8. September 1926, mittags 12 Uhr, fand die Unterzeichnung von Locarno in Kraft getreten.

Es hat fast ein Jahr gedauert, ehe die hierzu erforderlichen Voraussetzungen erfüllt wurden. Auf allen Seiten mußten Opfer gebracht werden, bei den großen und den kleinen Staaten, und wir zweifeln nicht daran, daß auch die spanische Regierung mit der ohne Primo de Rivera bald zu dieser Einigkeit gelangt, d. h. nach Genf zurückkehrt. Alle Völkerbundmitglieder waren zwar für den ständigen Rat der Völkerbundmitglieder, aber der eine oder andere Staat schloß sich dieser Schöpfung eines neuen Völkerbundes gleich oder ähnlich Rechte für sich, zu deren Befriedigung man gegen den Willen einer ganzen Reihe kleiner Staaten schließlich drei neue unabhängige Sitze schaffte. Einer von ihnen fällt an die südamerikanischen Staaten, während über die Verteilung der anderen beiden in Anwesenheit eines deutschen Vertreters noch mehrere Tage in der ersten Kommission verhandelt werden dürfte.

Die Zustimmung einzelner kleiner Staaten zu der Stellung der drei unabhängigen Sitze machte noch bis zu der Entscheidung einige Schwierigkeiten, ohne daß das Gesamtergebnis dadurch auch nur einen Augenblick gefährdet worden wäre. Schließlich begünstigten sich die Vertreter Hollands, Norwegens und Schwedens, ihre anfänglichen Bedenken gegen eine Vermehrung der unabhängigen Sitze noch einmal von der Tribüne des Völkerbundes herab zu äußern, um dann der vorgeschlagenen Regelung trotzdem ihre Zustimmung zu geben. So wurde das Verhandlungsergebnis der Studienkommission

von der Völkerversammlung einstimmig angenommen.

Die zur Annahme erforderliche Zweidrittelmehrheit war zwar ohne weiteres sicher, aber die Einmütigkeit verleiht der Abstimmung doch eine größere Bedeutung. Sie ist vor allem ein Beweis dafür, daß man in allen Kreisen bestrebt ist, bei aller bestehenden Unzufriedenheit über den Ausgang der Beratungen der Studienkommission doch eine Verschärfung der Abstimmung dem Kitz zu verhindern. Die ausgezeichnete und äußerst wirkungsvolle Begründung des Schweizer Rats als Einleitung der Wichtigkeit hat an diesem Ergebnis ihren wesentlichen Anteil.

Es ist gar keine Frage, daß mit dem einstimmigen Beschluß der Völkerversammlung des Völkerbundes vom 8. September 1926 die endgültige Liquidation des Krieges in ihr entscheidendes Stadium eingetreten ist. Der Weg hierzu ging über Genf und London nach Locarno und von dort nach Genf. Einig geachtet, und nicht einmal in London, fünf Jahre nach dem Krieg, als voll gleichberechtigt betrachtet, tritt die deutsche Republik jetzt mit gleichen Rechten und Pflichten als Großmacht in den Kreis der Nationen ein; acht Jahre nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Regimes. Die Sozialdemokratie hat seit Jahren auf dieses Ziel hingearbeitet, und es ist schließlich ihr mit zu verdanken, wenn schon nach diesen wenigen Friedensjahren die katastrophalen Folgen der kaiserlichen Politik in diplomatisch-moralischer Hinsicht über-

Schrei nach der Futterkrippe

Vom Parteitag der Deutschnationalen

D. Berlin, 9. September. (Fig. Junf.)

Der Parteitag der Deutschnationalen wurde am Mittwoch mit einer Sitzung der Parteileitung in Berlin eröffnet, wobei Graf Westarp über die politische Lage, über die Frage einer Arbeitgemeinschaft mit anderen Parteien und über die Frage der Regierungsbildung im Reich sprach.

Vor den deutschnationalen Beamtendirektoren hielt Abgeordneter Freytag-Vorringhoven ein Referat, in dem er die Deutschnationale Partei als durch und durch staatsrechtlich begründete, damit vertrat sich aber eine dauernde grundsätzliche Opposition nicht. Die Lösung könne nur in einer

neuen Beteiligung an der Regierung gefunden werden. Diese Auslassungen sind um so bezeichnender, als Freytag-Vorringhoven bisher der Führer des völkischen Flügels der Deutschnationalen war. Monatslang gedauerte er sich als der wildeste Gegner Stresemanns, der kein Mittel verabsäumte, um den Rücktritt des Außenministers zu erzwingen. Ausgesprochen am Tage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund fordert dieser altdeutsche Kampf den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung, um wieder einmal vor dem ganzen deutschen Volke die abgrundtiefe Heuchelei der Deutschnationalen zu offenbaren.

Aus Berlin meldet uns ferner ein eigener Funkpruch, daß gestern Abend, im Rahmen des deutschnationalen Parteitages, eine Jahrentzweige des deutschnationalen Arbeiterbundes stattfand. Natürlich handelte es sich um schwarzweihrote Föhnen, denen Reichstagsabgeordneter Damprediger Martin seinen Segen gab. Bei dieser Gelegenheit ergriß Graf Westarp abermals das Wort, indem er zu den bekannten Ausführungen Silberbergs auf der Dresdner Tagung des Reichverbandes der Deutschen

Industrie Stellung nahm. „Herr Silberberg“, so führte Graf Westarp aus, „sag in Dresden aus der rücksichtslos von uns anerkannten Wahrheit, daß in Deutschland nur mit der deutschen Arbeiterschaft regiert werden kann und darf, wieder einmal den oft widerlegten Trugschluss, es könne nicht gegen und nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden.“ Graf Westarp polemisierte dann dagegen, daß die deutsche Arbeiterschaft in ganz überwiegender Mehrheit politisch der Sozialdemokratie angehöre. Dabei nahm der hochoble Herr Graf den Mund so voll, als ob es in Deutschland überhaupt nur deutschnationale Arbeiter gäbe. „Mit unsern Freunden (!) aus Arbeiterkreisen wollen wir, daß mit der deutschen Arbeiterschaft in Deutschland regiert wird, aber gerade um unserre Freunde und Gesinnungsgenossen aus der Arbeiterschaft wollen sind wir überzeugt, daß dies nur ohne

gegen die Sozialdemokratie

zu geschehen hat, die die Partei des internationalen Klassenkampfes ist.“

Was war es doch, das auch hier wieder aus den Ausführungen des deutschnationalen Führers herauszukriechen war? Das große, schmerzliche Sehnen nach der Futterkrippe war es!

Rein Parteitag des Zentrums

D. Berlin, 9. September. (Fig. Junf.)

Die Zentrumspartei wird am 31. Oktober in einer Stadt Mitteldeutschlands eine Sitzung ihres Reichsausschusses abhalten, um vor dem Zusammentritt des Reichstags die politische Lage zu erörtern. Dafür wird das Zentrum in diesem Jahre keinen Parteitag abhalten. Der Parteiausschuss des Zentrums wird sich voraussichtlich auch mit der Stellung der Partei zu dem Vorschlag Dr. Birchs über eine engere Zusammenarbeit der republikanischen Parteien befassen.